

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 16.03.2023

Zu TOP: 9.2

Strukturwandel der Innenstadt gestalten!

Einreicher: Fraktion DIE LINKE./SPD

Vorlage: AN 0019/2023

Frau Dr. Carstensen erläutert den Antrag. Nach ihrer Auffassung sollte sich die Hansestadt Stralsund frühzeitig um den stationären Einzelhandel kümmern. Der Einzelhandel ist wichtig, um Beschäftigung zu sichern und Bedarfe von Touristinnen und Touristen sowie Anwohnerinnen und Anwohnern zu decken.

Die Attraktivität der Innenstadt könnte durch Vereinfachung von Sondernutzungen oder durch zusätzliche kleine Veranstaltungen erhöht werden.

Frau Dr. Carstensen fordert mehr Unterstützung für die Altstadthändler. Dabei geht sie auf die Erweiterung des Strelaparks und die Ansiedlung von XXXLutz ein.

Herr Philippen entgegnet, dass der Strukturwandel in den Innenstädten fortlaufend im Ausschuss für Stadtmarketing debattiert wird. So seien bereits Konzepte vorgelegt worden, um dem Strukturwandel entgegenzuwirken. Nach seiner Einschätzung ist der Antrag überflüssig, da sich die Verwaltung intensiv mit der Thematik auseinandersetzt. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird den Antrag ablehnen.

Herr Klingschat stellt für die Fraktion CDU/FDP nachfolgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gestaltung des Strukturwandels in der Innenstadt als Schwerpunkt in das Einzelhandelskonzept aufzunehmen.

Hierzu soll in den Ausschüssen für Stadtmarketing sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben explizit berichtet werden.“

Herr Dr. Zabel sieht die Ausführungen von Frau Dr. Carstensen als zu einfach gedacht an. Nach seiner Auffassung haben die Bürgerschaft und die Hansestadt Stralsund wenig Handhabe gegen den Strukturwandel in den Innenstädten. Vielmehr bestehe eine bundespolitische Verantwortung, diesem entgegenzusteuern.

Frau Dr. Carstensen meint, dass in der Hansestadt Stralsund eine besondere Situation besteht. Die Arbeit des Ausschusses für Stadtmarketing schätzt sie als nicht besonders kreativ ein. Die Bürgerschaft und die Hansestadt Stralsund sollten vor Ort aktiv werden.

Herr Suhr ist der Meinung, dass die Bürgerschaft eine Entscheidung im Wettbewerb für den Strelapark und gegen die Altstadt getroffen hat. Der vorliegende Antrag AN 0019/2023 wird unterstützt. Unabhängig davon wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI auch dem weicher formulierten Änderungsantrag folgen. Wichtig sei es, sich für die Attraktivität der Altstadt einzusetzen.

Frau Bartel bestätigt die Einschätzung von Herrn Suhr und Frau Dr. Carstensen, dass die in Stralsund aufkommenden Probleme nicht auf die Bundespolitik abgeschoben werden dürfen.

Herr Kuhn weist auf die Eigenmotivation der Einzelhändler hin. Für ihn sei die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes ein wesentliches Element zur Belebung der

Innenstadt. Die Händler vor Ort müssen zudem motiviert werden. Ein erster guter Ansatz sei das Projekt StralDigital.

Herr Dr. Zabel stellt klar, dass die Entscheidung zur Erweiterung des Strelaparks keine Entscheidung gegen die Innenstadt, sondern für den Stadtteil Knieper West gewesen sei. Nach seiner Wahrnehmung ist der Strukturwandel ein generelles Problem in den Innenstädten. Daher müssen durch die Bundespolitik die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Strukturwandel zu unterstützen.

Herr Haack pflichtet Herrn Philippen bei, dass der Ausschuss für Stadtmarketing an kreativen Ideen mitwirkt. Zur Diskussion um den Strelapark merkt er an, dass diese Einrichtung für alle Stralsunderinnen und Stralsunder da ist. Die angesprochene angekündigte Schließung eines Modehauses in der Innenstadt bedauert Herr Haack ebenfalls. Er weist jedoch darauf hin, dass die Entscheidung zur Schließung mit dem bestehenden Mietvertrag in Verbindung steht.

Herr Schwarz bestätigt die Wortmeldung von Herrn Haack. Derzeit seien viele Standorte in Deutschland von Schließungen im Einzelhandel betroffen. Daher sollte die Bundesregierung endlich die erforderlichen Impulse setzen.

Zur Arbeit des Ausschusses für Stadtmarketing meint Herr Schwarz, dass dieser sehr wohl die Gesamthematik begleitet. So nehmen sich die Ausschüsse für Stadtmarketing sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben der Thematik Innenstadthandel unter Beteiligung von betroffenen Vereinen und Verbänden an.

Er erinnert zudem an die Aktivitäten der Hansestadt Stralsund und der Bürgerschaft, um die Innenstadt zu unterstützen, z.B. Aussetzung Sondernutzungsgebühren oder Vergnügungssteuer.

Herr Schwarz betont, dass konkrete Aussagen und Forderungen in der Ausschussarbeit zielführender seien als allgemeinformulierte Anträge.

Herr Quintana Schmidt fordert in der Debatte die Rückkehr zur Sachlichkeit.

Frau Dr. Carstensen stellt klar, dass aus ihrer Sicht insbesondere Einzelgeschäfte wichtig für die Innenstadt der Hansestadt Stralsund seien.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag der Fraktion CDU/FDP wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gestaltung des Strukturwandels in der Innenstadt als Schwerpunkt in das Einzelhandelskonzept aufzunehmen. Hierzu soll in den Ausschüssen für Stadtmarketing sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben explizit berichtet werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2023-VII-03-1066

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 30.03.2023